

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Wochentlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsbüro Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
gefordert 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-  
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. V. Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 91

Dresden, Montag, 20. April

1925

## Marx in Dresden.

Dresden, 18. April.

Die vom Deutsch-Republikanischen Reichsbunde am Sonntag im Zirkus Carosani veranstaltete Wählerversammlung wies einen solchen Massenbesuch auf, daß Tausende und Zehntausende keinen Einlaß mehr fanden. In dem vor dem Zirkusgebäude waren müssen, zu denen dann später der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks

vom Balkan aus

nach sprechen mußte.

Nach beglückwünschenden Worten des Vorsitzenden der Dresdener Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes, Ministerialrats Kitzau, ergab sich sofort, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort

Reichstagskämmerer A. D. Marx,

der etwa folgendes ausführte:

Es handelt sich bei der Wahl um politische Ziele und es ist eine Verkennung der Sachlage, wenn man meint, den Reichspräsidenten am besten aus Kreisen nehmen zu können, die sich, nach ihren eigenen Worten, bisher nicht um Politik gekümmert haben. Das Volk würde einen solchen Irrtum in der berechtigten Weise spüren müssen, besonders ein Volk wie das deutsche, das nach dem verlorenen Kriege besonders

einer nach politischen Grundfragen handelnden

Leitung bedarf. Meine politischen Grundfragen ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl zum Vorschlag. Als Ziel meiner Politik behaupte ich

die Erhaltung des Reiches und

der Reichseinheit. Das Wort Bismarcks, das nach dem militärischen Zusammenbruch des Jahres 1918 lange Zeit be-  
wahrt erhalten, soll erhalten und gepflegt werden. Mit großer Entschlossenheit muß ich es als eine

schamlose Verleumdung

anzusehen, wenn heute in einem Dresdener rechtsgerichteten Blatt die Behauptung aufgestellt wird, ich sei geneigt, irgendwelchen separatistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten. Wir hätten den Weltkrieg und die Gräueltaten von Jahrhunderten erst dann erträglich verloren, wenn wir uns bereiteten hätten, in den Fehler zu verfallen, den unsere Väter nach dem Dreißigjährigen Kriege machten, nämlich das Eingeständnis über das Recht der Völkerei zu stellen. Meine Arbeit gilt der Freimachung Deutschlands nach außen. Soweit meine Kräfte reichen, soll

Deutschland wieder ein freies

gleichberechtigtes Volk unter

den anderen Völkern

Europas und der Erde sein. Ich vertrete den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Krieg übernehmen mußten, erfüllen. Soweit unsere Kraft reicht, wollen wir die Last tragen, aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk schätzen wir unsere Ehre, unsere Freiheit nicht geringer als andere Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja, als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserem Ehrgefühl empfindlicher, feinfühler zu sein als die Siegervölker, für die der Erfolg nicht Arbeit bedeutet.

Wir sind zur offenen Gemein-  
schaftsarbeit im Völkerverband bereit, aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die anderen nicht auferlegt werden.

Wenn die deutsche Republik sich noch nicht so befestigt hat, wie es wünschenswert ist, dann müssen die westlichen Völker sich einmal überlegen, wie weit sie daran mit-  
schuldig sind, inwieweit sie den Anhängern des alten Einheits in die Hände gearbeitet haben. Das würde man besonders in Frankreich beachten.

Wir wollen mit Frankreich in

Freundschaft leben.

Dieer Triebe kann aber nur bestehen und dauern

auf dem Wege gegenseitiger Achtung und

Gleichberechtigung.

Meine Arbeit gehört

der Freimachung der Rheinlande, meiner Heimat. Für dieses Ziel muß das ganze deutsche Volk Opfer bringen. In dieser Beziehung bedauere ich, daß noch immer die Kölner Zone nicht frei ist von fremdländischer Be-  
setzung.

Mein Lebensarbeit gehört der

Wiedererrichtung einer gesunden

deutschen Wirtschaft.

Zur Wirtschaft gehören alle Arbeitenden in

Deutschland: die Unternehmer, die Arbeit-  
nehmer, die Ingenieure, die Techniker, die Lehrer, die Landwirte, der Mittel-  
stand und alle anderen.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht

gesund auf Kosten einer ver-

armten Arbeiterkategorie

gegründet werden. Sie kann auch nicht gesund durch Er-

schütterungen der deutschen Unter-

nehmerkategorie, beide müssen leben, schaffen und

arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Schutz

des Staates. Der Staat hat auch für eine gute

moderne Handelspolitik, für eine moderne

Sozialpolitik, für eine wohlwollende

Steuerpolitik zu sorgen, welche die Massen

gerecht verteidigt.

Das alles ist nur möglich, wenn ein neuer

Gemeinschaftsgeist im deutschen Volke

Entstehung findet. Wir sind spät, sehr spät, zu spät

als einiges Volk in die moderne Geschichte ein-  
getreten, erst dann nämlich, als die westeuropäischen

Mächte schon hundert Jahre lang die Welt

geführt und beherrscht hatten. Das einzige

deutsche Reich haben wir seit 1871. Um

die wirklich einzige deutsche Nation ringen wir

nach heute. Jahrzehntlang hatten wir im deut-

schischen Reich ein eternes Haus; aber die Bewohner

des Hauses waren nie einzig jeder Stand

Kämpfe gegen den anderen. Es fehlte ihnen das

Wußte, das Umfassendere, der

Sinn für die staatsbürgerliche Gemeinschafts-  
arbeit.

Das war die schwache Stelle in dem Ganzen

der Volkstüchtigkeit.

Aus jener Zeit stammt der Schicksalsruf der

Jugend: „nationalen“ Freie gegen die „Reichs-  
freunde“, gegen die „Internationalen“.

Das Wort „national“ wurde zu einem

vollstimmenden Schlagwort.

Es gibt keine Politik, die für den Staat ge-

fährlicher ist, als wenn er große Teile des Volkes

— in diesem Falle sogar die große Mehrheit —

als minderwertige Bürger stigmatisiert und be-

handelt. Das hat noch nie ein Staat auf die

Lauer ertragen. Es bleibt die Aufgabe des neuen

demokratischen Staates, daß wir das verhäng-

nissvolle Erbe der Volkstüchtigkeit be-

seitigen. Wir stehen in der Erfüllung dieser

Aufgabe. Wir sind weitergekommen auf

diesem Gebiete. Wieder einmal erweisen sich die

Geschmähten von früher als die Bannerträger

einer neuen Zeit.

Was von diesem alten, überholten Gegensatz

von „national“ und „international“ gilt, das gilt

auch für den Klassengegensatz. Es wird

## Auslandskredit und Kandidatur Hindenburg.

Berlin, 18. April.

Im Haushaltsausschuß des Reichs-

tages äußerte sich der Reichsaussenminister

am Sonntag über die Kandidatur des Kandidaten

Hindenburg im Ausland. Von den republikanischen

Parteien war bekanntlich eine deutliche Er-

klärung gefordert worden. Aus dem amtlichen

Bericht, der über den Verlauf der Sitzung

veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die von

dem Volkstümlicher in Washington erbetene

Außerung über die Kreditnotlage an

Deutschland als Folge der Kandidatur Hinde-

burg noch nicht eingetroffen ist. Es liegt

daher lediglich ein schriftlicher Bericht in

Berlin vor, in dem es heißt,  
daß die Verhandlungen wegen der Wirt-

schaftskredite noch einige Zeit in Anspruch

nehmen werden, weil man in Amerika zu-

nächst den Ausfall der Präsidentschaftswahlen

abwarten will.

In der Aussprache erklärte Abg. Meyer

(Dem.), daß die freihändlerisch gestimmten Kreise

auslandes durch die Aufnahme der Kandidatur

Hindenburg zweifellos besonders beunruhigt sein

müssen, wenn rechtsstehend: Politiker und

Zeitungen gleichzeitig immer wieder be-

tonen, die Wahl Hindenburgs solle das Ende

der Stresemannschen Verständigungs-

politik bedeuten. Der Redner erwähnt zwei

Fälle, wo sich die Folgen bereits eingestellt haben.

In dem einen Falle hatte ein deutsches

Konjunktionskredit von 25 Millionen

Mark zugesagt erhalten. Nach der Auf-

stellung Hindenburgs haben die amerikani-

schon Geldgeber die Auszahlung bis nach

der Präsidentschaftswahl zurückgestellt,

weil man für den Fall der Wahl Hinde-

burgs innere Verwicklungen befürchte.

Abg. Herzig findet an diesen Erscheinungen

nichts Besonderes. Er hält es für ganz natürlich,

daß die Geldgeber den Ausgang der Wahl ab-

warten. Unter stürmischer Heiterkeit er-

klärt er, daß die Deutschnationalen lediglich die

Moral in Deutschland haben wollen.

Abg. Müller-Franken (Fog.) wies darauf

hin, daß die ganze Frage im Ausschluß von den

Deutschnationalen aus agitatorischen Zwecken ins

Rollen gebracht worden sei. Sie seien

schlechte Hüter der Moral und sollten nur

daran denken, wie ihre Presse Ehre ver-

schimpft hat.

Die Presse des Auslandes habe sich

gegen Hindenburg gewendet, und das

habe Einfluß auf das Wirtschaftsleben

haben, was nicht deutsch-national sei,

gelte in Deutschland als Landesverräterisch.

Stresemann habe sich gegen Weiser als Reichs-

präsident gemeldet. Hermann Müller fragt dann,

weßhalb diese Gründe, die für Stresemann gegen

Weiser auszusprechen waren, nicht auch

gegen Hindenburg maßgebend seien.

Hindenburg sei an seiner Kandidatur sicherlich

weniger schuld, als die hinter ihnen stehenden

Dröbzieher. Diese Elemente seien gefährlich,

weil sie — ähnlich wie Bauer und Nicolai im

Kriege — Hindenburg als Schutzheld für die

Durchführung ihrer reaktionären Zwecke benutzt.

Dr. Curtius (D. Sp.) betonte, daß die Kredit-

restriktionen Amerikas bereits im Februar-

März eingetreten seien. In den letzten Tagen

seien Kreditabschlüsse von erheblicher Höhe zustande

gekommen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann be-

antwortete hierauf verschiedene Anfragen in ver-

traulicher Rede.

Abg. Schlad (Fog.) sagte, daß eine Kandida-

tur Hindenburgs die Kreditgabe nicht för-

dere, wozu dies von der Kandidatur Marx

gesagt werden könne.

Abg. Eichhorn (Komm.) pries die Ziele

seiner Partei; nur sie könnten eine befriedigende

Lösung für das deutsche Volk bringen.

Abg. Dietrich-Faden (Dem.) bedauerte, daß

die Rechte auch diesmal wieder für sich allein

die nationale Bestimmung in Anspruch nähme

und sie damit den anderen bedreite. Dies sei eine

unerhörte Beleidigung für die Wahr-

heit der Verdäuflichkeit. Vom Auslande her

gesehen, drehe sich der Kampf allerdings

um Restauration oder Republik,

um Fortsetzung oder Verlassen der bisherigen

außenpolitischen Linie. — Damit wurde die po-

litische Aussprache abgeschlossen.

Der Ausschluß vertagte sich bis zum 29. April.

auch wohl in Zukunft schwer möglich sein, die

scheinbaren, großen Interessengegensätze zu be-

seitigen; was wir aber können, ist ein anderes:

Das staatsbürgerliche Gemeinschaftsgefühl

muß stärker empfunden werden als der Ge-

gensatz der Klassen und Stände.

Und noch eine dritte Schiedslinie aus

der Vorkriegszeit tragen wir allmählich ab:

die Politisierung des konfessio-

nellen Gegensatzes.

Gewiß, in kulturellen Fragen gibt es Ge-

gensätze, die im engsten Zusammenhang stehen

mit den Weltanschauungen der großen

Konfessionen. Auch um diese Dinge wird und

muß man geistig ringen. Aber dieses Ringen

darf nicht mit parteipolitischen Schlag-

worten geführt werden. Es darf nicht zu

einem Werkzeug des politischen Partei-

kampfes erniedrigt werden.

Der Staat hat die Gewissensfreiheit

seiner Bürger zu sichern.

Wir alle sind Glieder einer Nation, Bürger eines

Staates. Laßt uns dem Staate und der Nation

gemein am dienen. Im Dienste an der Nation

Einheit, in anderen Fragen Freiheit!

Die ausgezeichneten Organisationskräfte

der Weimarer Verfassung

erweisen sich als besonders geeignet dazu. Wir

wollen noch weit mehr als es bisher geschehen

ist, auf sie auch andere aufmerksam machen. Wenn

die anderen jetzt sagen, sie wollen sich auf den

Boden der Verfassung stellen, so er-

klären wir:

Wir wollen uns mit dem ganzen Herzen

auf den Boden der Verfassung stellen!

Dann wird auch Deutschland wieder die Stellung

im Konzert der Völker einnehmen, die ihm ge-

hört.

Langandauernder stürmischer Beifall

belehnt: den Redner am Schluß seiner Aus-

führungen, worauf die Versammlung das Deutsch-

landlied anstimmte. Es sprach dann noch kurz

der demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Dr.

Kaßner, dessen Ausführungen in ein drei-

faches Hoch auf das deutsche Vater-

land ausklangen, das ein begeistertes Echo fand

.

Zu der

vieltausendköpfigen Menge vor dem Zirkus

sprachen Prof. Dr. Kaßner und Marx vom

Balkan aus, flankiert von hochtragenden Reichs-

bannerleuten. Auch hier fanden die klaren Be-

kenntnisse zur Weimarer Verfassung

wiederholten dauernden Beifall.

In das

Hoch auf die deutsche Republik

bat Marx zum Schluß ausbrachte, wurde be-

geistigt eingestimmt. Einige schwache Versuche,

diese Versammlung im Freien durch Musik für

Hindenburg zu stören, wurden schnell erstickt.

Zum Schluß begleiteten fackeltragende

Reichsbannerleute, die schon zu Beginn

mit einem

Wald schwarz-rot-goldener Fahnen

den Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks vor

dem Zirkus empfingen hatten, das Auto des

Kandidaten zur Albertstraße. Ein schwarzer

Trupp Kommunisten versuchte die Huldigung

vergeblich durch das Singen kommunistischer Lie-

der zu stören.

Marx auf der Wahlreise.

Magdeburg, 19. April.

Heute traf der Reichspräsidentenskandidat

Marx auf seiner Wahlreise hier ein. Das

Reichsbanner bildete auf allen Straßen,

durch die Marx fuhr, Spalier. Marx sprach

im überfüllten Volkshaus unter stür-

mischen Beifall.

Dessau, 19. April.

Marx hielt heute nachmittags 5 Uhr, von

Berchthold kommend, wo er ebenfalls gesprochen

hatte, auch in Dessau eine Rede, die siebente

am heutigen Tage. Sie fand donnerndem

Beifall.